

Kongress „Bildung in NRW - Gemeinsame Verantwortung von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft“ am 19.11.2014 in Mülheim an der Ruhr

Tagungsdokumentation Fachforum 2 Regionale Bildungsnetzwerke und Übergangsmanagement – Stand und Perspektiven gemeinsamer Bildungsverantwortung

Kurzzusammenfassung der Ergebnisse

„Bildung in NRW. Gemeinsame Verantwortung von Städten, Land und Zivilgesellschaft“ lautet der Titel des Kongresses. Oft ist in diesem Zusammenhang von „staatlich-kommunaler Verantwortungsgemeinschaft die Rede. Kritiker weisen dabei mitunter darauf hin, dass mit diesem Begriff Zuständigkeiten und Verpflichtungen eher verunklart werden und die Gefahr besteht, Aufgaben und Lasten von oben (Land) nach unten in die Kommunen zu verlagern. Dies mag mitunter so scheinen und auch so zu sein. Von der Intention her meint die staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft indes zweierlei: Zum einen geht es darum, gute Bildung im Sinne von mehr Bildungsgerechtigkeit, Teilhabe und Qualität durch ein gemeinsames Handeln der Akteure und Zuständigen zu erreichen. Dies erscheint umso wichtiger, als Bildungsverantwortung und Zuständigkeiten bekanntlich geteilt sind. Zum anderen steht der Begriff der Verantwortungsgemeinschaft für einen dezentral ausgerichteten Handlungsansatz, nämlich Bildungsfragen dort zu bearbeiten, wo sie sich manifestieren: auf der kommunalen bzw. regionalen Ebene.

Seit dem Jahre 2008/2009 haben Landesregierung und Kommunen Vereinbarungen über die Errichtung „Regionaler Bildungsnetzwerke“ als Ausdruck gemeinsamer Verantwortung für Bildung abgeschlossen. Seitdem haben 50 der kreisfreien Städte und Kreise in NRW entsprechende Vereinbarungen mit dem Land abgeschlossen. Diese sind vor allem darauf gerichtet, Strukturen für die institutionelle und dauerhafte Zusammenarbeit und Vernetzung zu schaffen und diese gemeinsam zu finanzieren.

Vor dem Hintergrund von fünf Jahren der Zusammenarbeit und einer ersten Evaluierung eines Teils der Bildungsnetzwerke wurden folgende zentrale Fragestellungen im Workshop diskutiert:

- Welche Rolle kommen Land, Kommunen und der Zivilgesellschaft in den Regionalen Bildungsnetzwerken zu?
- Was sind Erfolgsfaktoren funktionierender Zusammenarbeit in den Netzwerken?
- Welche Entwicklungs- bzw. Veränderungsbedarfe rechtlicher, organisatorischer und finanzieller Art gibt es?

Ergebnisse der Diskussion:

Zu Rolle der unterschiedlichen Beteiligten wurde in der Diskussion übereinstimmend festgestellt, dass die Zusammenarbeit nur auf der Basis von Freiwilligkeit und Gleichberechtigung („Augenhöhe“) gelingen kann. Die Rolle des Landes bestehe vor allem darin, geeignete Rahmenbedingungen für eine institutionalisierte und strukturierte Zusammenarbeit auf der regionalen bzw. kommunalen Ebene zu schaffen. Hierzu gehören sowohl rechtliche wie auch

organisatorische und finanzielle Fragen. Als wichtige Voraussetzungen wurden in diesem Zusammenhang einerseits die ressortübergreifende Abstimmung unter den verschiedenen beteiligten Landesministerien, insbesondere zwischen MSW und MAIS, betont, etwa durch die Abstimmung der Regionalen Bildungsnetzwerke mit der Landesinitiative zum Aufbau eines neuen Übergangsmanagements Schule-Beruf oder die Einbeziehung der kommunalen Integrationszentren. Zum anderen erscheint auch eine „vertikale Abstimmung“ zwischen der Landesregierung und den Bezirksregierungen wichtig. Die Rolle der Kommunen in den Regionalen Bildungsnetzwerken ist vor allem in der Koordinierung bzw. Moderation des Abstimmungs- und Kooperationsprozesses zu sehen. Im Übrigen kommt den Kommunen bei der Institutionalisierung eines dauerhaften und professionellen Bildungsmanagements eine wichtige Rolle zu. Die Institutionen der Zivilgesellschaft wie insbesondere Stiftungen und Wohlfahrtsverbände sollen sich in dieses Netzwerk aktiv einbringen, wobei der Schwerpunkt nicht allein auf finanzielle Leistungen, sondern auf Innovation und Know How zu legen ist.

Was die bisherige Bilanz der Regionalen Bildungsnetzwerke anbetrifft, wurde übereinstimmend festgestellt, dass sich in vielen Regionen Nordrhein-Westfalens die Zusammenarbeit etabliert und weiterentwickelt hat. Unterschiede seien dabei gleichwohl zwischen großstädtischem Raum und den Kreisen festzustellen. Insbesondere im ländlichen Raum sei es aufgrund der Vielzahl der beteiligten Gemeinden schwerer, die notwendigen Abstimmungen und Gemeinsamkeiten zu erreichen. Als Erfolgsfaktoren für eine funktionierende Zusammenarbeit in den Netzwerken seien zu nennen: Etablierung einer festen Gremienstruktur mit regelmäßigen Bildungskonferenzen, Leitungskreisen und Bildungsbüros; die dauerhafte „duale“ Finanzierung der Bildungsbüros durch Land und Kommunen; persönliches Engagement der politischen Spitzen (Oberbürgermeister/innen, Landräte), sowie die frühzeitige und umfassende Einbindung der lokalen Politik vor Ort.

Entwicklungs- bzw. Veränderungsbedarfe wurden in der Diskussion insbesondere im Hinblick auf die thematisch-inhaltliche Erweiterung der Bildungsnetzwerke gesehen. Themenfelder seien bisher insbesondere die Zusammenarbeit von Schulen und Jugendhilfe, die Übergänge im Bildungswesen und dabei insbesondere die Entwicklung eines Übergangsmanagements Schule-Beruf. Insgesamt sei vielfach noch eine gewisse „Schullastigkeit“ der Regionalen Bildungsnetzwerke festzustellen, die es zukünftig zu überwinden gelte. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Notwendigkeit der Einbeziehung der kulturellen Bildung mit ihren Einrichtungen (Musikschulen, Bibliotheken u.a.m.) und der Weiterbildung (Volksuniversitäten) hingewiesen. Entwicklungsbedarf wurde ebenfalls im Bereich der Evaluation gesehen. Darüber hinaus sollten künftig die konkreten Effekte und Wirkungen der Bildungsnetzwerke im Hinblick auf Qualität und Teilhabe in der Bildung („Erfolgsmessung“) verfolgt werden.